



„Niedersachsen braucht schlicht und ergreifend mehr Polizisten“, fordert CDU-Fraktionschef Björn Thümler.

Foto: dpa

Was würden Sie ändern?

Zunächst brauchen wir schlicht und ergreifend mehr Polizisten. Deshalb fordern wir, bis 2019 1000 zusätzliche Stellen zu schaffen – pro Jahr müssten dafür 250 Polizeianwärter mehr eingestellt werden als bislang. Auch die von uns im Rahmen der Haushaltsberatungen geforderten 200 Verwaltungsstellen würden die Polizei merklich entlasten. Gleichzeitig muss der von SPD und Grünen veranlasste Personalabbau beim Verfassungsschutz umgekehrt werden. Unser Nachrichtendienst muss personell und technisch in die Lage versetzt werden, den islamistischen Terror effektiv bekämpfen zu können. Nicht zuletzt brauchen die Sicherheitsbehörden endlich die notwendige politische Rückendeckung ihres obersten Dienstherren, des Innenministers.

Seit den Vorfällen in der Silvesternacht wächst auch die Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin. Wie bewerten Sie die Haltung von Angela Merkel in dieser Frage?

Ich denke, die Kanzlerin macht in dieser sehr schwierigen Situation eine gute Figur. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Herausforderung meistern können. Das viel zitierte „Wir schaffen das“ der Kanzlerin verstehe ich als Aufforderung. Das ist genau die Botschaft, die wir gegenüber den vielen Ehren- und Hauptamtlichen in unserem Land, die sich in der Flüchtlingshilfe mit viel Herzblut engagieren, voller Überzeugung vertreten müssen.

Ministerpräsident Weil hat die Bundeskanzlerin kürzlich in einem Interview aufgefordert, ihren Kurs in der Flüchtlingskrise zu korrigieren. Was sagen Sie dazu?

Weils Forderung kommt zu einem Zeitpunkt, da ihm die nächste Blamage im Bundesrat durch seinen grünen Koalitionspartner droht. Wie schon bei der Abstimmung über das Asylpaket I im letzten Herbst wird sich Niedersachsen auf Druck der Grünen wohl auch bei den nun geplanten Asylrechtsänderungen enthalten müssen. Das haben die Grünen bereits angekündigt. Damit blockieren sie auch das dringend notwendige und von Weil ausdrücklich befürwortete Wohnortzuweisungsgesetz. Wer sich in den zentralen Fragen der Asylpolitik von seinem Koalitionspartner so unter Druck setzen lässt, dass er faktisch kaum mehr handlungsfähig ist, sollte sich mit klugen Ratschlägen zurückhalten.

Was würden Sie dem Ministerpräsidenten denn raten?

Statt neue polemische Forderungen nach einer Obergrenze zu verbreiten, sollte Herr Weil lieber versuchen, die Lage in Niedersachsen endlich in den Griff zu bekommen. Die Situation in den Kommunen wäre weit weniger angespannt, wenn das Land endlich seinen rechtlichen Verpflichtungen nachkommen und ausreisepflichtige, abgelehnte Asylbewerber konsequent abschieben würde. Zum Vergleich: Bayern hat im Jahr 2015 37 Charterflüge für Abschiebungen organisiert – in Niedersachsen war es gerade mal einer. Auch bei der Integration hinken wir hinterher – es gibt viel zu wenig Sprachlern-Angebote. So kann es in Niedersachsen nicht weitergehen – das muss sich der Ministerpräsident endlich klar machen.